

# Der Ministerpräsident über die Friedensfrage.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat Ministerpräsident Dr. v. Seidler in Beantwortung der an ihn gerichteten Anfragen folgende Erklärung abgegeben:

In Beantwortung der in Verhandlung stehenden Anfragen beehre ich mich, dem hohen Hause im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Aeußern folgendes mitzuteilen:

Die Herren Abgeordneten Stanel und Genossen, wie auch die Herren Abgeordneten Dr. Petruszewicz und Genossen haben die Anregung gegeben, es möge dem Minister des Aeußern zu den Friedensverhandlungen ein aus den verschiedenen Nationalitäten Oesterreichs und Ungarns nach dem Bevölkerungsschlüssel zusammengesetzter Beirat beigegeben werden.

Was diese vorgeschlagene Form der Verhandlungen betrifft, so erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß nach den verfassungsrechtlichen Einrichtungen die Vertretung bei Friedensverhandlungen dem Minister des Aeußern obliegt, der im Rahmen seiner Verantwortlichkeit und im Einvernehmen mit den verantwortlichen Ministerpräsidenten der beiden Staaten der Monarchie diese Verhandlungen zu führen hat. Es würde dem Geiste der Verfassungen aller konstitutionellen Staaten widersprechen, wenn die Regierung bei Führung dieser Verhandlungen durch Beiräte, wie sie die Herren Interpellanten im Auge haben, kontrolliert werden würde. Es kann somit der in Rede stehenden formellen Anregung nicht nähergetreten werden. Selbstverständlich ist es jedoch, daß die etwa abgeschlossenen internationalen Abmachungen, insofern sie nach der Verfassung einer Genehmigung durch die gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, diesen zeitgerecht zur zuständigen Behandlung werden vorgelegt werden.

Die zweite Anfrage der Herren Abgeordneten Stanel und Genossen geht dahin, ob entsprechende Vorjorgen in wirtschaftlicher Beziehung getroffen worden sind, damit unsere Nahrungsverhältnisse durch Zuschübe aus Rußland die erforderliche Verbesserung erfahren. Diesbezüglich gestatte ich mir zunächst hervorzuheben, daß in dem mit Rußland abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrage Punkt IV, Zahl 2, stipuliert wurde, es sei der Verkauf und Austausch von Waren des täglichen Gebrauches an den Verkehrsstellen der Front erlaubt. (Beifall.) Nähere Bestimmungen über diese provisorische Vereinbarung werden bei der demnächst in Petersburg zusammentretenden Konferenz der Vertreter der vertragsschließenden Teile festgelegt werden.

Vollends werden selbstredend bei den zu führenden Friedensverhandlungen auch die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten der Monarchie zu Rußland ihre Regelung erfahren. Es ist in diesem Augenblicke schwer zu sagen, in welcher Richtung sich diese Vereinbarungen bewegen werden; dessen aber kann das hohe Haus sich versichert halten, daß die bevollmächtigten Vertreter Oesterreich-Ungarns bemüht sein werden, solche Abmachungen zu erzielen, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen Oesterreich-Ungarns voll und ganz gerecht werden.

Was den letzten Teil der von den Herren Abgeordneten Stanel und Genossen gestellten Anfrage anbelangt, so liegt die Befürchtung einer Uebervorteilung durch andere Mittelmächte selbstverständlich außerhalb des Kreises aller Erwägungen. (Lebhafte Zustimmung links. — Beifall.)

Ich gelange nunmehr zur Anfrage der Herren Abgeordneten Dr. Adler, Seitz und Genossen. In dieser Hinsicht erlaube ich mir zu bemerken, daß — wie der Herr Minister des Aeußern in seinem den Delegationen vorgelegtem Exposé dargelegt hat — die k. u. k. Regierung im Sinne ihrer schon früher wiederholt abgegebenen Erklärungen bei den mit Rußland zu führenden Friedensverhandlungen von dem Grundsatz ausgehen wird, daß wir einen Frieden ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen mit Rußland zu schließen wünschen. Hinsichtlich der Grundsätze, nach denen der Friede mit den übrigen feindlichen Staaten geschlossen werden soll, hat der Minister des Aeußern erklärt, daß unser Streben darauf gerichtet ist, auf der ebengedachten Grundlage, einen allgemeinen Frieden zu schließen, daß er aber nicht in der Lage sei, gegenüber solchen Feinden, die

Albrand  
19./XII. 1917

17

auch weiterhin auf der Fortsetzung des Krieges beharren sollten, diese selbstlosen Kriegsziele für alle Zukunft einseitig festzulegen. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Die Absicht der österreichisch-ungarischen Regierung, mit allen unseren Gegnern zu einem derartigen selbstlosen Frieden zu gelangen, ist, wie wir aus den Pressestimmen des feindlichen Auslandes wissen, im ganzen Auslande, und daher auch den Regierungen aller feindlichen Staaten, vollbekannt. (Rufe: Sehr richtig!)

Da der Zweck eines jeden Friedensangebotes nur der sein kann, dem Gegner Vorschläge mitzuteilen, die ihm nicht bekannt sind, so liegt mit Rücksicht auf die seit den letzten Erklärungen des Ministers des Aeußern verstrichene kurze Frist und mit Rücksicht darauf, daß die Situation inzwischen keine wesentliche Veränderung erfahren hat, kein Anlaß vor, im jetzigen Augenblicke mit neuen Friedensvorschlägen an unsere Gegner heranzutreten. (Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Der Ministerpräsident wird vielseitig beglückwünscht.)